

**Medizinische Fachangestellte****Jede Zweite denkt daran, aus dem Beruf auszusteigen**

*Jede vierte Medizinische Fachangestellte gibt an, ein geringeres Entgelt zu erhalten als tarifvertraglich vereinbart.*

Foto: creative studio/  
stock.adobe.com

Fast jede zweite Medizinische Fachangestellte (46 Prozent) hat im vergangenen Jahr mehrmals im Monat daran gedacht, aus dem Beruf auszusteigen. Das ergab eine aktuelle Online-Umfrage zur Gehalts- und Arbeitssituation von medizinischen Fachangestellten (MFA) im Auftrag des Verbandes medizinischer Fachberufe, an der sich mehr als 3.900 MFA beteiligten. „Das ist eine sehr beängstigende Entwicklung“, erklärte die Präsidentin des Verbandes, Hannelore König, Ende Februar. Bei einer Umfrage im Jahr 2017 seien es noch 22 Prozent gewesen. „Wenn wir auch nur einen Teil dieser Kolleginnen und Kollegen verlieren, ist die Betreuung der Patienten in den Arztpraxen und Medizinischen Versorgungszentren ernsthaft bedroht“, so König.

Ursache für die zunehmende Abwanderung von MFA aus dem Beruf ist nach Ansicht des

Verbandes vor allem die fehlende finanzielle und öffentliche Wertschätzung der Leistungen der Berufsangehörigen. Diese erhielten zum Beispiel im Gegensatz zu vielen Pflegekräften keinen staatlichen Coronabonus. Und während der Mindestlohn für Pflegehilfskräfte auf 13,70 Euro und für qualifizierte Pflegehilfskräfte auf 14,60 Euro steige, gebe es für MFA keinen höheren Mindestlohn. In der aktuellen Umfrage hätten zehn Prozent der MFA angegeben, dass sie einen Bruttostundenlohn von unter zwölf Euro erhielten. Zudem erklärte jede Vierte, ein geringeres Entgelt zu erhalten als tarifvertraglich vereinbart. „Das heißt auch, dass wir neben der zeitnahen Gegenfinanzierung der Tarifsteigerungen unbedingt eine höhere Tarifverbindlichkeit im ambulanten Bereich benötigen“, forderte König. **HK**

**Präimplantationsdiagnostik****Uniklinik Münster erringt Teilerfolg vor Gericht**

Die Ärztekammer Westfalen-Lippe muss erneut über einen Antrag der Universitätsklinik Münster zur Zulassung eines Zentrums für Präimplantationsdiagnostik (PID) entscheiden. Das hat das Verwaltungsgericht Münster Ende Februar verfügt, wie die *ÄrzteZeitung* berichtete. Die Kammer habe bei ihrer ursprünglichen Ablehnung die Sonderstellung des Kinderwunschzentrums der Uniklinik in Forschung und Versorgung nicht ausreichend berücksichtigt, hieß es zur Begründung.

Nach dem Präimplantationsdiagnostikgesetz von 2011 ist die PID in Deutschland in

engen Grenzen zugelassen. Sie wird eingesetzt, wenn die Gefahr der Vererbung einer schweren, genetisch bedingten Erkrankung besteht. In NRW ist seit 2015 das Kinderwunschzentrum Dortmund als PID-Zentrum im Land zugelassen. Das Verwaltungsgericht Münster erklärte nun, dass in begründeten Ausnahmefällen mehr als ein Zentrum den Zuschlag bekommen könne.

Über die Rechtmäßigkeit der PID wird in jedem Einzelfall entschieden. Die zuständige Ethikkommission für NRW ist bei der Ärztekammer Nordrhein in Düsseldorf angesiedelt. **HK**

**Seltene Krankheiten****Versorgung verbessert**

Zum Tag der seltenen Erkrankungen am 28. Februar lobte NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann die verbesserte Versorgung der rund 900.000 Betroffenen im Land. In NRW gebe es inzwischen sieben Zentren für seltene Erkrankungen, die an den Universitätskliniken Düsseldorf, Essen, Bonn, Köln, Münster, Aachen und Bochum/Witten-Herdecke angesiedelt seien. Eine vom Land geförderte Fortbildungsakademie am Universitätsklinikum Aachen sensibilisiere Ärztinnen und Ärzte sowie Medizinstudierende für das Thema seltene Erkrankungen. Das helfe, den Leidensweg der Betroffenen durch schnellere Diagnosen zu verkürzen. Zusätzlich könnten Erkrankte durch den Ausbau der Telemedizin profitieren. **MST**

**Marburger Bund****Klinikärzte sind erschöpft**

Die Coronapandemie hat zu einer deutlichen Arbeitszunahme bei Ärztinnen und Ärzten in kommunalen Kliniken geführt. Das geht aus einer Adhoc-Umfrage des Marburger Bundes (MB) unter 3.300 Mitgliedern von Mitte Februar hervor. Demnach gaben 71 Prozent der Befragten an, ihre Arbeitsbelastung habe durch die Pandemie eher zugenommen. 91 Prozent fühlten sich durch ihre Arbeit regelmäßig erschöpft. Der MB konnte sich bislang nicht mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände auf einen neuen Tarifvertrag für die 55.000 Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern einigen. **HK**